

vorläufigen Jahresabschluss für das Jahr 2009 habe die Geschäftsführung in der Bilanz einen Firmenwert von 335.355,-- € ausgewiesen.

Durch das Erlöschen des Gebrauchsmusters Hahnfeld sowie der nicht vermarktungsfähigen Technik sei die Bewertung fragwürdig. Der Wert der bestehenden Franchise-Verträge sei extrem gesunken. Eine positive Prognose für die Fortführung der Geschäfte fehle, da nach seiner – des Klägers – Kenntnis allein im Jahre 2010 vier Franchise-Abgänge zu verzeichnen gewesen seien. Auch ein weiterer wichtiger Lizenzpartner, die Stadt Witten, sei wegen Problemen mit den Waschfahrzeugen (Pumpen) ausgeschieden.

Diese Entwicklung gehe zurück auf die Geschäftspolitik bzw. das Verhalten des Geschäftsführers der Beklagten. Im Interesse der Gesellschaft, der Mitgesellschafter und auch im eigenen Interesse des Klägers habe dieser die zugrunde liegenden Sachverhalte über Email/Schreiben an Beteiligte sowie auch in Strafanzeigen gegen die Verursacher offenkundig gemacht.

Sein – des Klägers – Ziel sei es, ein marktfähiges und lebensfähiges Betriebssystem für die Beklagte zu schaffen und zu erhalten.

Die Beklagte und die dieser Firma zugrunde liegende Konzeption sei ein „Kind“ des Klägers und des Geschäftsführers der Beklagten.

Er – der Kläger – könne es nicht zulassen, dass das grundsätzlich erfolgversprechende Konzept durch fehlerhafte und falsche Verhaltensweisen und Handlungen Dritter wie auch des Geschäftsführers der Beklagten zerstört werde. Im Laufe der Zusammenarbeit mit dem früheren Mitgeschäftsführer und jetzigen alleinigen Geschäftsführer der Beklagten habe er – der Kläger – festgestellt, dass der Geschäftsführer aufgrund seiner Vorgeschichte – Lebenslauf und Werdegang – in bestimmten Situationen nicht handlungsfähig sei und ihm daher unbedingt Hilfestellung geleistet werden müsse.

Um die Existenzfähigkeit der Beklagten sicher zu stellen und zu verbessern, hätten der Geschäftsführer der Beklagten und der Kläger gemeinsam ein Exposé und eine Projektskizze erstellt, durch die man das Fortbestehen und die Neuausrichtung der Beklagten habe sicherstellen wollen. In dem Kurzexposé und der Projektskizze, Fassung 2009, sei die Vorgehensweise genau niedergelegt worden. Obwohl aus